

Soziales und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **102 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziales und Politik

IV-Sanierung sollte gelingen

Text: Neue Zürcher Zeitung vom 20. März 2008

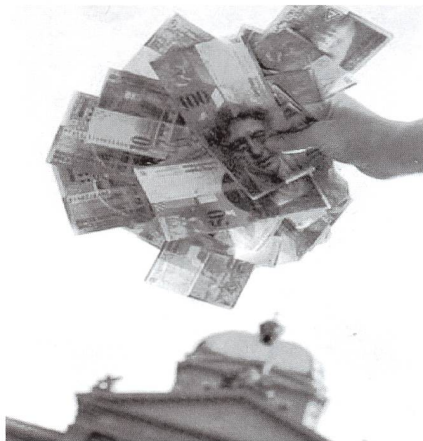
Wie der Ständerat, so will auch der Nationalrat die IV mit einer Mehrwertsteuererhöhung entlasten und von der AHV abkoppeln. Zusätzlich verlangt er rasche ausgabenseitige Reformen.

Die Zusatzfinanzierung für die angeschlagene Invalidenversicherung (IV) ist im Parlament auf guten Wegen. Der Nationalrat hat sich am 19. März 2008 dem vom Ständerat im letzten Dezember verabschiedeten Finanzierungskonzept in den wesentlichen Punkten angeschlossen. Dieses sieht vor, dass die Mehrwertsteuer für die Dauer von sieben Jahren (voraussichtlich 2010 bis 2016) erhöht wird, um das jährliche Defizit der IV von rund 1,5 Milliarden Franken zu decken; der Nationalrat schlägt eine lineare Anhebung von 0,4 Prozentpunkten vor, der Ständerat eine Erhöhung von 0,5 Prozentpunkten beim Normalsatz beziehungsweise von 0,2 Prozentpunkten bei den reduzierten Sätzen. Zudem soll die IV von der AHV abgekoppelt und mit einem eigenen Ausgleichsfonds ausgestattet werden, um die zunehmende Aushöhlung der AHV zu beenden. Der Nationalrat hiess die beiden Sanierungsvorlagen in der Gesamtabstimmung mit 108 zu 45 beziehungsweise 123 zu 54 Stimmen gut; einzig die SVP stellte sich quer.

Fünf Milliarden Franken als Starthilfe

Grundsätzlicher Streitpunkt zwischen Rechts und Links war die Frage, ob der Druck für weitere Reformen des mit mehr als 11 Milliarden Franken hochverschuldeten Sozialwerks aufrechterhalten oder gemildert werden soll. Während die SP und die Grünen dafür plädierten, zunächst die Auswirkungen der vierten und der Anfang Jahr in Kraft getretenen fünften IV-Revision abzuwarten, war für CVP, FDP und SVP klar, dass in jedem Fall weitere strukturelle

Reformen an die Hand genommen werden müssen. In diesem Sinn beauftragte die grosse Kammer den Bundesrat bis Ende 2010 die nächste, die sechste IV-Revision vorzulegen, wobei das Gewicht auf ausgabenseitigen Sanierungsmassnahmen zu liegen habe. Der Ständerat hatte sich demgegenüber für eine Frist bis Ende 2012 ausgesprochen und auf die Vorgabe, dass die Korrekturen bei den Ausgaben zu erfolgen haben, verzichtet.



Bei der Frage, wie der neu zu schaffende separate IV-Ausgleichsfonds finanziell auszustatten und auf welchem Weg seine Liquidität sicherzustellen sei, schlug der Nationalrat einen anderen Weg ein als die kleine Kammer. Während diese dem IV-Fonds eine einmalige Starthilfe à fonds perdu von 5 Milliarden Franken aus der AHV-Kasse mitgeben will, möchte der Nationalrat denselben Betrag bloss als verzinsliches Darlehen gewähren. Die Zinsen soll der Bund tragen, ebenso jene für die im AHV-Fonds verbleibenden Schulden der IV (mit deren Rückzahlung nicht gerechnet wird); die Kosten für die Bundeskasse dürften sich auf rund 350 Millionen Franken jährlich belaufen. Der Ständerat dagegen will die Zinslast für die Schulden der IV zu zwei Dritteln dem Bund und zu einem Drittel der IV aufbürden.

Volksabstimmung noch dieses Jahr?

Keine Chance hatte der Antrag von SVP-Seite, die Starthilfe für den IV-Fonds über den ordentlichen Staatshaushalt zu finanzieren. Dies hätte tiefgreifende Einschnitte bei den staatlichen Kernaufgaben zur Folge, meinte Sozialminister Pascal Couchepin warnend. Ebenso erfolglos blieben Anträge der Linken, wonach der Bund einen Sonderbeitrag von 5 Milliarden Franken zur teilweisen Entschuldung der IV leisten sollte sowie bei Liquiditätsproblemen des Sozialwerks zur Hilfestellung zu verpflichtet sei. Durch ein solches Sicherheitsnetz werde der Sparwillen bei der IV geschwächt, mahnte Couchepin.

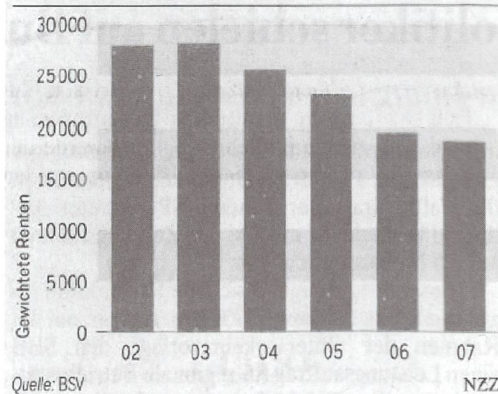
Die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer, die 2010 in Kraft treten soll, muss Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden. Sollte die Vorlage in der Sommersession im Parlament bereinigt werden, könnte der Urnengang noch Ende dieses Jahres stattfinden.

Deutlich weniger IV-Neurenten

Tages-Anzeiger und Neue Zürcher Zeitung vom 14. März 2008

Im vergangenen Jahr sind 4 Prozent weniger IV-Neurenten gesprochen worden als im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 2003 hat die Zahl der Neurenten um sogar einen Drittel abgenommen. Leicht gesunken ist auch die Zahl der laufenden Renten. Der positive Trend habe sich fortgesetzt, sei aber schwächer geworden, schreibt das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in seiner Mitteilung vom 13. März 2008. Das BSV führt den Rückgang auf eine allgemeine Sensibilisierung für die Probleme der IV zurück. Weitere Gründe seien die strengere Praxis der IV-Stellen, die Abnahme des durchschnittlichen Invaliditätsgrades, die aktivere Arbeitsvermittlung und die Einführung der regionalen ärztlichen Dienste.

IV-Neurenten



Die 4. IV-Revision habe ihre Wirkung nun voll entfaltet, und es gebe erste Anzeichen dafür, dass die 5. IV-Revision greife, schreibt das BSV. Mit der Gesetzesänderung wurde der Zugang zur Invalidenrente erschwert. Ins Zentrum gestellt wurde die Früherkennung sowie Früherfassung und Eingliederung ins Arbeitsleben. Allein im ersten Monat seit In-Kraft-Treten seien 200 Meldungen für die Früherfassung eingegangen, schreibt das BSV. 50 Versicherte meldeten sich selber, bei 80 weiteren tat dies der Arbeitgeber.

Der Rentenbestand lag 2007 bei insgesamt 252'800. Im Jahr 2007 erfasste das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) 18'800 gewichtete Neurenten (dabei wird eine ganze IV-Rente einmal, eine Dreiviertelrente 0.75-mal, eine Halbrente 0.5-mal und eine Viertelrente 0.25-mal gezählt). Ein Jahr zuvor waren es 19'600. Im Jahr 2003 waren insgesamt 28'200 Neurenten gezählt worden. Die Zahl der laufenden gewichteten Renten bleibt aber weiterhin hoch. Sie hat zwar zwischen 2006 und 2007 um 1'800 leicht abgenommen, doch sie verharrt noch immer über der 250'000-Marke (252'800 laufende gewichtete Renten). Das Defizit fiel mit 1,28 Milliarden Franken etwas kleiner aus als im Vorjahr (1,34 Milliarden Franken). Dieses Resultat wurde allerdings durch eine einmalige Belastung wegen des neuen Finanzausgleichs „getrübt“, wodurch sich ein Rekorddefizit von über 2 Milliarden Franken ergab. Die Schulden der IV sind inzwischen auf 11,41 Milliarden Franken geklettert.

Systematische Beobachtung des sozialen Wandels

Text: NZZ vom 22. Februar 2008

Die Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (Fors) hat an der Universität Lausanne unter Peter Farago mit rund 20 Mitarbeitern ihre Tätigkeit aufgenommen und sich am 21. Februar 2008 den Medien präsentiert. Das neue Zentrum, in dem der Datenarchivdienst Sidos und weitere Einrichtungen aufgegangen sind, macht der Sozialforschung Datenbestände von Projekten, regelmässigen Erhebungen und auch der amtlichen Statistik zugänglich, führt selber Erhebungen durch und arbeitet speziell an der Weiterentwicklung der Methoden. Über Fors beteiligt sich die Schweiz auch an der europäischen und internationalen Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen.

In der Forschung wird eine Zusammenarbeit mit allen interessierten Universitäten und Fachhochschulen angestrebt, wie sie für die Analyse der Wahlen („Selects“) in gewisser Hinsicht schon besteht. Auf neuer Basis ist eine erste Kooperation mit der Universität Lausanne vereinbart worden, die mit einer neuen Forschungseinheit unter Professor Dominique Joye ihr Interesse an der Stärkung der Sozialwissen-

schaften unterstreicht. Im Stiftungsrat sind neben der Sitz-Universität andere Hochschulen, die Akademien und das Bundesamt für Statistik vertreten. Für die Aufwendungen von jährlich etwa sechs Millionen Franken kommen der Bund, der Nationalfonds und die Universität Lausanne auf.

Weiterhin steigende Bildungsausgaben

Text: NZZ vom 27. Februar 2008

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Bildung sind auch 2005 leicht angestiegen: Bund, Kantone und Gemeinden haben mit 26,5 Milliarden Franken ihre Aufwendungen im Vorjahresvergleich um 1,5 Prozent gesteigert, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am 26. Februar 2008 bekanntgab. Zusammen mit der sozialen Wohlfahrt gehöre die Bildung zu den wichtigsten Posten im Budget der öffentlichen Hand: Im Jahr 2005 betrug ihr Anteil mit 26,5 Milliarden Franken 18,9 Prozent. Die laufenden Ausgaben für die obligatorische Schulzeit pro Schüler wird gemäss BFS-Studie auf 119'000 Franken geschätzt. Für den Unterricht an einer gymnasialen Maturitätsschule wird mit 62'600 Franken gerechnet. In der Vorschule beliefen sich die jährlich laufenden Ausgaben für den Unterricht an den öffentlichen Schulen im Jahr 2005 auf durchschnittlich 6'900 Franken pro Kind. Auf Primarstufe I und im Gymnasium betragen sie im Schnitt 15'600 Franken bzw. 19'400 Franken.

Die Entwicklung der Bildungsausgaben folgt gemäss BFS auf der Stufe der Anzahl Kinder. Auf der Sekundarstufe II nehmen die Ausgaben nicht im selben Umfang zu wie die Anzahl der Lernenden. Von 1990 bis 2005 verzeichnete diese Schulstufe eine Zunahme an Lernenden von 28 Prozent. Die Ausgaben seien dagegen nur um 4 Prozent auf 2,1 Milliarden Franken im Jahr 2005 gestiegen.

Die Einrichtung der neuen Fachhochschulen erfordert gemäss BFS auf der Tertiärstufe ein grosses finanzielles Engagement. Die öffentlichen Ausgaben in diesem Sektor sind seit 1990 um 60 Prozent angestiegen, während die Anzahl Studierender um 50 Prozent zugenommen hat.

«In Kürze»

Jedes fünfte Kind in der EU ist arm

Jedes fünfte Kind in der EU lebt in Armut. Das sind 19 Millionen Kinder, wie EU-Sozialminister Vladimir Spidla sagte. In Deutschland leben 12 Prozent der Kinder unter der Armutsgrenze. Dies ist nach Dänemark und Zypern der niedrigste Wert in der EU. Dagegen lebt in Polen und Italien jedes vierte Kind unter der Armutsgrenze. Die Hälfte der Kinder, die in Armut leben, stammen aus Haushalten mit nur einem Elternteil (23 Prozent) oder aus grösseren Familien (27 Prozent).

Arbeit für Behinderte

Die Brühlgut-Stiftung für Behinderte übernimmt per 1. Juni 2008 das Restaurant im städtischen Altersheim Neumarkt in Winterthur und wird es Mitte Juni - nach kurzem Umbau - wieder eröffnen. Die Stiftung kann dort fünf Arbeitsplätze und zwei Ausbildungsplätze für Menschen mit geistiger Behinderung einrichten und ihnen eine Beschäftigung nahe am ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

Kinoführer für Menschen mit Behinderungen aufgeschaltet

Lukas Müller hat im Rahmen seiner Maturarbeit sämtliche Kinos der Stadt Zürich ausgemessen und in Bezug auf die Rollstuhlgängigkeit klassifiziert. Rund 50 Angaben wie die Breite des Ganges, die Art des Treppengeländers oder das Vorhandensein einer Rampe sind dort abrufbar. Der Kinoführer ist auf der Homepage der Behindertenkonferenz des Kantons Zürich abrufbar (www.bkz.ch). Er soll einmal jährlich durch die BKZ aktualisiert werden. Olga Manfredi, Vorsitzende der Zürcher Behindertenkonferenz, hat am 18. März 2008 gegenüber sonos erklärt, die Anliegen gehörloser und hörbehinderter Menschen würden, sofern die Finanzierung sichergestellt werden kann, bei der ersten ca. in einem Jahr stattfindenden Aktualisierung einfließen.

Hörschäden nach Disco

Wissenschaftler haben bei 1400 Jugendlichen nachgewiesen, dass schon eine einzige Nacht in der Disco bei 90 % der Besucher Hörschädigungen verursacht. Schützen könne man sich mit Ohrenstöpseln.